

# Dokumentation

## Eine Initiative für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung

Im Rahmen des eintägigen Forums Kritische Politische Bildung in der Goethe-Universität Frankfurt im Juni 2015 hat eine Gruppe von Politischen Bildnerinnen und Bildnern die Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung erarbeitet. Der Text ist in einem breiten Diskussionsprozess unter Beteiligung von circa 20 Personen zustande gekommen und wurde auf dieser Konferenz gemeinsam abgewogen und ausgearbeitet.

Die Frankfurter Erklärung kann im Internet auf der Webseite des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Soziale

Arbeit der Hochschule Darmstadt unterzeichnet und auch kommentiert und im PDF-Format heruntergeladen werden:

[www.sozarb.h-da.de/politische-jugendbildung/frankfurter-erklaerung/](http://www.sozarb.h-da.de/politische-jugendbildung/frankfurter-erklaerung/)

Auf dieser Seite werden ebenfalls die weiteren UnterzeichnerInnen mit ihren Kommentaren dokumentiert.

Politisches Lernen gibt die Erklärung in ihrem Wortlaut wieder sowie die Namen der InitiatorInnen sowie der MitautorInnen und ErstunterzeichnerInnen.

## Frankfurter Erklärung Juni 2015

### Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung

Politische Bildung wird in unterschiedlichen Schulfächern sowie fächerübergreifend praktiziert und ist im außerschulischen Bereich in vielfältigster Art etabliert und repräsentiert: in Bildungsstätten, Jugendverbänden und bei Bildungsträgern sowie in sozialen Bewegungen und Initiativen. Herrschafts-, Macht- und soziale Ungleichheitsverhältnisse verändern sich und mit ihnen auch die Bedingungen politischer Sozialisation. Daher muss über Prinzipien und Standards Politischer Bildung immer wieder neu nachgedacht werden. Zudem kommen neue AkteurInnen auf Schulen zu und bieten Bildungsmaterialien an. Mit dieser Erklärung wollen die AutorInnen wichtige Positionen einer kritisch-emanzipatorischen Bildung deutlich machen und damit zur Diskussion stellen.

#### 1. **Krisen: Eine an der Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse interessierte Politische Bildung stellt sich den Umbrüchen und vielfältigen Krisen unserer Zeit.**

Epochale Umbrüche erfordern politische Alternativen und Optionen für gesellschaftliche Lernprozesse. Ob die Krise des Kapitalismus, die Krise der Ökologie, die Krise der Demokratie oder die Krise der Reproduktion: Immer deutlicher stellen sich Fragen einer sozial-ökologischen Transformation auch für die Politische Bildung. Eine Welt in Krisen und Umbrüchen ist nicht in standardisierten Modellen zu begreifen. Kompetenzorientierung wird didaktisch substanzlos, wenn politisches Wissen und Fähigkeiten nicht auf die politische Gestaltung gesellschaftlicher Gegenwarts- und Zukunftsfragen bezogen werden.

#### 2. **Kontroversität: Politische Bildung in einer Demokratie bedeutet, Konflikte und Dissens sichtbar zu machen und um Alternativen zu streiten.**

Gesellschaft ist von Interessengegensätzen und Herrschaftsverhältnissen durchzogen. Streitfragen und soziale Konflikte zur Sprache zu bringen und politisch auszutragen, ist ein grundlegendes Kennzeichen von Demokratie. Kontroversität als didaktisches Prinzip geht hierbei nicht in einer Dokumentation unterschiedlicher Positionen und mitunter ähnlicher (oder bereits einflussreicher) Perspektiven auf. Sie arbeitet Streitpunkte und grundlegende Dissense heraus, zeigt Gegensätze auf und fördert kritisches Denken. Eine echte politische Kontroverse macht unterschiedliche Interessen, Denkweisen und Praxen sowie Alternativen gesellschaftlicher Zukunftsentwicklung sichtbar. Die Diskussion um das Politische erschöpft sich nicht in "allgemeinverbindlichen" Problemlösungen und kann nicht auf Governance- und Verwaltungslehre reduziert werden.

#### 3. **Machtkritik: Selbstbestimmtes Denken und Handeln wird durch Abhängigkeiten und sich überlagernde soziale Ungleichheiten beschränkt. Diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse gilt es, wahrzunehmen und zu analysieren.**

In gesellschaftlichen Debatten und Kontroversen spielen Machtgefälle und ungleiche Ressourcen eine wichtige, oft nicht ausreichend wahrgenommene Rolle. Aufgabe einer

kritisch-emanzipatorischen politischen Bildungsarbeit ist es, ausgeschlossene und benachteiligte Positionen sichtbar zu machen. Welche gesellschaftlichen Grundprobleme werden öffentlich thematisiert, welche Stimmen werden gehört und welche AkteurInnen setzen ihre Vorstellungen des Gemeinwohls durch? Welche Gründe gibt es für den Fremd- und Selbstausschluss ungleich positionierter Gruppen und AkteurInnen? Politische Bildung thematisiert, wie Ausschlüsse produziert und Grenzen gezogen werden: etwa zwischen privat und öffentlich, sozial und politisch, illegitim und legitim, ExpertInnen und Laien.

#### 4. Reflexivität: Politische Bildung ist selbst Teil des Politischen, Lernverhältnisse sind nicht herrschaftsfrei, Politische Bildung legt diese Einbindung offen.

Lernende und Politische BildnerInnen sind in soziale und politische Diskurse eingebunden, die ihre Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsweisen beeinflussen. Auch in Bildungsinstitutionen setzen sich die neuen Leitbilder der "verwertbaren" SelbstunternehmerIn oder der eigenverantwortlichen KonsumentIn durch oder es wirken geschlechtliche und ethnizierende Normierungen. Kritisch-emanzipatorische Politische Bildung beginnt dort, wo solche Normsetzungen und Konstruktionen sichtbar gemacht, kritisiert und infrage gestellt werden. Politische BildnerInnen sind sich ihrer gesellschaftlichen Einbindung bewusst und nehmen dazu eine kritisch-reflexive Position ein, die sie transparent und damit kritisierbar macht. Dadurch bieten sie den Teilnehmenden einen Schutz vor Überwältigung und stärken deren Recht auf Eigensinn und Selbstbestimmung.

#### 5. Ermutigung: Politische Bildung schafft eine ermutigende Lernumgebung, in der Macht- und Ohnmachtserfahrungen thematisiert und hinterfragt werden.

Politisches Lernen und Handeln basiert nicht allein auf rationalen Analysen und Entscheidungen, sondern ist mit den jeweils konkreten Lebensbedingungen, also auch mit Kämpfen um materielle Güter und soziale Anerkennung verbunden. Politische Urteilsbildung ist ebenfalls gesellschaftlich eingebettet, entsteht in sozialen Interaktionen und hat neben den kognitiven Prozessen eine leiblich-emotionale Komponente. Politische Positionierungen zeigen sich in Wut und Begeisterung, Ablehnung und Engagement. Soziale Ordnungen sind auch in die Körper eingeschrieben. Diese Erfahrungen als Quellen und Hemmnisse von Lernprozessen wahrzunehmen und zu thematisieren, ist eine wichtige Bedingung gelingender politischer Bildung. Dazu gehört die Beteiligung der Lernenden an Planung und Reflexion des Lernens. Die Komplexität der Themen und Fragestellungen, aber ebenso die Lernwiderstände sind dabei produktive Quelle Politischer Bildung.

#### 6. Veränderung: Politische Bildung eröffnet Wege, die Gesellschaft individuell und kollektiv handelnd zu verändern.

Individuen sind den gesellschaftlichen Verhältnissen unterworfen, zugleich aber auch in der Lage, diese zu gestalten. Politische Bildung eröffnet Zugänge, Fremdbestimmung und Selbstentmündigung wahrzunehmen und zeigt Wege zur Selbst- und Mitbestimmung auf. Praktizierte Mündigkeit vermag die eigenen und kollektiven Denkweisen und Handlungsräume in konkreten Kontexten zu erweitern. Dies geschieht durch Kritik, Widerspruch und Protest gegenüber den bestehenden sozialen Herrschaftsverhältnissen. Politische Bildung eröffnet allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Räume und Erfahrungen, durch die sie sich Politik als gesellschaftliches Handlungsfeld aneignen können. Sie ermöglicht Lernprozesse der Selbst- und Weltaneignung in der Auseinandersetzung mit anderen, um Wege zu finden, das Bestehende nicht nur mitzugestalten und zu reproduzieren, sondern individuell und kollektiv handelnd zu verändern. Im Handeln entsteht die Möglichkeit, etwas Neues zu erfahren, zu denken und zu begründen.

#### InitiatorInnen und Kontakt

**Prof. Dr. Andreas Eis**, Universität Oldenburg (andreas.eis@uni-oldenburg.de)

**PD Dr. Bettina Lösch**, Universität Köln (bettina.loesch@uni-koeln.de)

**Prof. Dr. Achim Schröder**, Hochschule Darmstadt (achim.schroeder@h-da.de)

**Prof. Dr. Gerd Steffens**, Universität Kassel (gsteff@uni-kassel.de)

#### MitautorInnen und ErstunterzeichnerInnen

**Bärbel Bimschas**, Bildungsstätte Alte Schule Anspach (basa e.V.)

**Prof. Dr. Helmut Bremer**, Universität Duisburg-Essen

**Prof. Dr. Julika Bürgin**, Hochschule Darmstadt

**Prof. Dr. Benno Hafeneeger**, Universität Marburg

**Prof. Dr. Reinhold Hedtke**, Universität Bielefeld

**Prof. Dr. Gudrun Hentges**, Hochschule Fulda

**Christian Kirschner**, Bildungsreferent, Frankfurt

**Prof. Dr. Waltraud Meints-Stender**, Hochschule Niederrhein

**Angela Merkle**, Bildungsstätte Alte Schule Anspach (basa e.V.)

**Prof. Dr. Astrid Messerschmidt**, PH Karlsruhe/TU Darmstadt

**Prof. Dr. Frank Nonnenmacher**, Universität Frankfurt

**Holger Oppenhäuser**, Attac Bundesbüro

**Prof. Dr. Bernd Overwien**, Universität Kassel

**OSTR i.H. Margit Rodrian-Pfennig**, Universität Frankfurt

**Dr. David Salomon**, Universität Siegen

**Prof. Dr. Albert Scherr**, PH Freiburg

**PD Dr. Edgar Weiß**, Universität Siegen

**Benedikt Widmaier**, Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz

**Dr. Manfred Wittmeier**, Universität Frankfurt

**Nadine Balzter**, TU Darmstadt